

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Manuel Baruschke
Ratsmitglied Volker Block
Ratsmitglied Nobert Peter Brandt
Ratsmitglied Marvin Hager
Ratsmitglied Christina Heide
Ratsmitglied Susanne Kempcke
Ratsmitglied Gesche Marxfeld
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Detlef Schön
Ratsmitglied Gabriele Schröder
Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Heidi Bosse
Ratsmitglied Martin Ehlers
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Ratsmitglied Anja Mandt
Ratsmitglied Sven Schoolmann
Ratsmitglied Jens Stoffers
Ratsmitglied Thomas Suberg
Ratsmitglied Olaf Werner
Ratsmitglied Astrid Zaage

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ratsmitglied Ulf Berner
Ratsmitglied Martin Burkhart
Ratsmitglied Antje Johanna Kloster
Ratsmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus
Ratsmitglied Petra Stomberg
Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker
Ratsmitglied Markus Bulla
Ratsmitglied Olaf Fischer
Ratsmitglied Dr. Angela Kirstges

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler
Ratsmitglied Andreas Tönjes
Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Torsten Kastrioti

Ratsmitglied Thorsten Moriß

Ratsmitglied Detlef Stump

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ratsmitglied Michael Kiesewetter

Ratsmitglied Darwin Reinhard

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte

Dezernenten

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Stadtbaurat Nikša Marušić

Stadtkämmerer Thomas Bruns

von der Verwaltung

Leitung Referat 5 - Referat für Recht, Kommunalverfassungsangelegenheiten, Kultur, Bildung und Sport Marion Winkel-Fiedelak

Fachbereich Kommunikation & Koordination Andreas Satzke

Fachbereichsleiter Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst

Protokollführerin

Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Julia Muth

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Ratsmitglied Sascha Scheller

Ratsmitglied Christiane Seyffer

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 16

B. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 17

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

6.1	Antrag AfD-Fraktion: Resolution Entwertung kommunalpolitischer Arbeit stoppen	573/2021
6.2	Bildung Verwaltungsrat Sparkasse	
6.3	Bestätigung der Bedienstetenvertreter des Verwaltungsrates der Sparkasse Wilhelmshaven	284/2021
6.4	Benennung eines stellvertretenden Mitgliedes für den Oldenburgisch Ostfriesischen Zweckverband für die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen	
6.5	Gemeinsamer Fraktions- und Gruppenantrag SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Ratsgruppe "GRÜNE und GfW", WIN@WBV-Fraktion, Ratsgruppe "Die BUNTEN", Ratsgruppe FDP/FW: Änderung Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb "Grundstücke und Gebäude" der Stadt Wilhelmshaven (GGS)"	567/2021
6.6	Gemeinsamer Antrag Fraktions- und Gruppenantrag SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Ratsgruppe "GRÜNE und GfW", WIN@WBV-Fraktion, Ratsgruppe "Die BUNTEN", Ratsgruppe FDP/FW: Änderung Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb "Technische Betriebe Wilhelmshaven (TBW)"	568/2021
6.7	Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Technische Betriebe Wilhelmshaven" (TBW)	333/2021
6.8	Gemeinsamer Antrag Fraktions- und Gruppenantrag SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Ratsgruppe "GRÜNE und GfW", WIN@WBV-Fraktion, Ratsgruppe "Die BUNTEN", Ratsgruppe FDP/FW: Änderung Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb "Reinhard-Nieter-Krankenhaus - Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven -"	569/2021
6.9	Gruppe "GRÜNE und GfW" Änderung der Geschäftsordnung	570/2021
6.10	Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Rates gem. § 69 NKomVG	324/2021
6.11	Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis - Malte Schröder	289/2021
6.12	Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis - Alexander Gabriel	290/2021
6.13	Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis - Malte Schröder	291/2021
6.14	Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis - Alexander Gabriel	292/2021
6.15	Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis - Sebastian Kisse	293/2021
7.1.1	Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung)	313/2021
7.1.2	Gründung und Beteiligung der Stadt Wilhelmshaven an der Tourismus Agentur Nordsee GmbH (TANO)	237/2021
7.1.3	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	287/2021
7.2.1	Antrag Gruppe Die FRAKTION: Veräußerungen von Erbbaugrundstücken	559/2021
7.3.1	Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Technische Betriebe Wilhelmshaven" (TBW)	
8	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
9.1	Anfrage Gruppe "Die BUNTEN": Banter See, Rodungsarbeiten	571/2021
9.2	Gruppe "Die BUNTEN": Anfrage nach § 56 NKomVG: Klinikum	572/2021
10	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Erster Stadtrat Schönfelder informierte über eine Diskussion im Ausschuss für

Finanzen, Wirtschaft und Häfen zum Umgang mit nicht-öffentlicher Behandlung von Grundstücksverkäufen. Eine rechtliche Bewertung sei in die Wege geleitet und werde in die Geschäftsordnung des Rates einfließen. Für die heutige Sitzung habe der Bewerber darum gebeten, den Grundstücksverkauf nicht-öffentlich zu beraten, da mögliche Geschäftsgeheimnisse betroffen seien.

Herr Tönjes stellte den Antrag, die Beschlussvorlagen 568/2021 und 333/2021 zusammenfassend zu beraten und insofern den **Tagesordnungspunkt 7.3.1 hinter den Tagesordnungspunkt 6.6** zu ziehen.

Der Antrag wurde bei 42 Ja-Stimmen **einstimmig** verabschiedet. Die Tagesordnung wurde daraufhin in der geänderten Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche konstituierende Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 03.11.2021 (soweit vorliegend)

Das Protokoll lag noch nicht vor.

Herr Tönjes kritisierte, dass das Protokoll **nach Geschäftsordnung** nicht alsbald vorlag. *(Sh. Änderung gem. Protokoll vom 15.12.2021)*

4 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Oberbürgermeister Feist informierte, dass der Verwaltungsausschuss Frau Heide zu seiner Sprecherin und Herrn Heinemann zum Vertreter benannt hat.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (NN)

6.1 Antrag AfD-Fraktion: Resolution Entwertung kommunalpolitischer Arbeit stoppen **573/2021**

Herr Moriße brachte den Antrag ein und begründete diesen.

An der sich daran anknüpfenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Schön** und **Dr. Schulte**.

Beschluss: mehrheitlich **abgelehnt**
(bei 3 Ja-Stimmen und 39 Nein-Stimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven kritisiert das neue Auszählverfahren für die Sitzverteilung in den kommunalen Ausschüssen, das mit der am 13.10.2021 durch den Niedersächsischen Landtag verabschiedeten Änderung des NKomVG einhergeht.
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven fordert die regierungstragenden Fraktionen im Niedersächsischen Landtag

auf, den Weg für eine Normenkontrolle freizumachen, um Minderheitenrechte Rechnung zu tragen sowie Inhalt der Gesetzesänderung zu überprüfen.

Der Niedersächsische Landtag verabschiedete am 13.10.2021 ein neues Kommunalverfassungsgesetz und änderte damit auch die Auszählverfahren zur Zusammensetzung der kommunalen Ausschüsse. Mit dem neuen Gesetz wird das Auszählverfahren für die Sitzverteilung in den kommunalen Ausschüssen vom bisherigen Verfahren nach Hare Niemeyer auf das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt umgestellt. Damit verlieren vor allem die kleinen Parteien ihre Stimmrechte in den Ausschüssen. Ein Rechtsgutachten attestiert eine etwaige Verfassungswidrigkeit. Vor allem der Zeitpunkt der abschließenden Beratung der Gesetzesänderung nach der Kommunalwahl 2021 ist aus demokratiepolitischer und verfassungsrechtlicher Sicht mehr als fragwürdig.

Die vorliegende Resolution soll von der Ebene der kommunal Betroffenen ein Signal an die politisch -handelnden auf Landesebene richten, um die Minderheitsrechte in der kommunalen und landespolitischen **DEMOKRATIE ZU SCHÜTZEN!**

6.2 Bildung Verwaltungsrat Sparkasse

Ratsvorsitzender Becker erläuterte die Bildung des Verwaltungsrates und erklärte, dass der Oberbürgermeister geborener Vorsitzender des Gremiums sei, sofern der Rat nicht anders entscheide.

Herr Fischer informierte, dass es eine interfraktionelle Diskussion zum Verfahren gegeben habe, die ausgehend von der vom Rat beschlossenen und nicht erfolgten Gewinnabführung geführt worden sei. Der Rat wolle sein Gewicht im Verwaltungsrat erhöhen, jedoch habe man sich verständigt, den Oberbürgermeister als Vorsitzenden in dieser Funktion zu belassen. Er untermauerte dennoch den Wunsch und die Hoffnung, im Verwaltungsrat möge künftig der Willen des Rates berücksichtigt werden.

Herr Tönjes sprach sich namens seiner Gruppe dafür aus, den Oberbürgermeister aus Fürsorgepflicht zu entlasten, indem die Funktion des Vorsitzenden von einer anderen Person besetzt werden solle.

Da kein Antrag gestellt wurde, wurde der Verwaltungsrat unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Feist wie folgt gebildet:

SPD-Fraktion

Beigeordneter Schön, Detlef
Herr Marxfeld, Stefan

Gruppe GRÜNE und GfW

Ratsherr, von den Berg, Michael

Gruppe „Die BUNTEN“

Herr Fritz, Oliver

CDU-Fraktion

Beigeordneter Heinemann, Uwe
Herr Weiland, Claude

Fraktion WIN@WBV

Frau Breuer, Katja

6.3 Bestätigung der Bedienstetenvertreter des Verwaltungsrates der Sparkasse Wilhelmshaven **284/2021**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 22.11.2021 vor.

Herr Tönjes stellte den **Antrag**, die Personen auf den Positionen 3 und 4 zu tauschen.

Nach einer Diskussion, an der sich die Herren **Bulla, Schulte, Heinemann** und **Tönjes** beteiligten, **zog** dieser seinen Antrag wieder **zurück**.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 38 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven bestätigt gem. § 110 Abs. 4 NPersVG die Wahl folgender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Beschäftigtenvertreter/innen) sowie der sonstigen Vertreter in den Verwaltungsrat der Sparkasse Wilhelmshaven:

Betriebsangehörige Vertreter der Beschäftigten:

Markus Schmidtman
Elke Jörgensen
Helge Drost

Ersatzmitglieder:

Katja Fahle
Isabell Maibohm
Frauke Steinhauer

Sonstige Vertreter der Beschäftigten:

Hans Müller

Ersatzmitglied:

Heike Boldt

6.4 Benennung eines stellvertretenden Mitgliedes für den Oldenburgisch Ostfriesischen Zweckverband für die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen

Der Benennung von Herrn **Burkhart** stimmte der Rat mit 4 Enthaltungen bei 38 Ja-Stimmen **einstimmig** zu.

6.5 Gemeinsamer Fraktions- und Gruppenantrag SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Ratsgruppe "GRÜNE und GfW", WIN@WBV-Fraktion, Ratsgruppe "Die BUNTEN", Ratsgruppe FDP/FW: Änderung Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb "Grundstücke und Gebäude" der Stadt Wilhelmshaven (GGS)" **567/2021**

Herr Heinemann brachte den Antrag ein.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 39 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. Die Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb "Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven" (GGS) wird wie folgt geändert.

Änderung:

§ 4 Betriebsausschuss Abs. 2

(2) Der Betriebsausschuss besteht aus **9** vom Rat benannten

Mitgliedern und dem/der nicht stimmberechtigten Betriebsleiter/in.

2. Der Oberbürgermeister verkündet die Betriebssatzung spätestens am 25.11.2021.

- 6.6 Gemeinsamer Antrag Fraktions- und Gruppenantrag SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Ratsgruppe "GRÜNE und GfW", WIN@WBV-Fraktion, Ratsgruppe "Die BUNTEN", Ratsgruppe FDP/FW: Änderung Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb "Technische Betriebe Wilhelmshaven (TBW)" **568/2021**

Frau Heide verlas den Antrag und brachte gleichzeitig den **Änderungsantrag** auf **Erhöhung auf 4 Mitarbeitervertreter*innen** ein, der im Betriebsausschuss TBW verabschiedet wurde.

Herr Tönjes stellte den folgenden **Änderungsantrag** für die Gruppe „Die BUNTEN“ und begründete diesen anschließend:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die 1. Änderung der Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb "Technische Betriebe Wilhelmshaven (TBW)" wie folgt:

§ 4 Betriebsausschuss Abs. 1 und 2

Derzeit:

(1) Der Rat der Stadt bildet gemäß § 140 NKomVG und §§ 3 und 4 EigBetrVO einen Betriebsausschuss. Für die Bildung und das Verfahren des Betriebsausschusses gelten die Vorschriften der §§ 71 bis 73 NKomVG und somit auch die Vorschriften der Geschäftsordnung des Rates.

(2) Der Betriebsausschuss besteht aus 6 vom Rat gewählten Mitgliedern und 3 stimmberechtigten Vertretern/Vertreterinnen der Beschäftigten.

Neu:

(1) Der Rat der Stadt bildet gemäß § 140 NKomVG und §§ 3 und 4 EigBetrVO einen Betriebsausschuss. Für die Bildung und das Verfahren des Betriebsausschusses gelten die Vorschriften der §§ 71 bis 73 NKomVG und somit auch die Vorschriften der Geschäftsordnung des Rates. Hinsichtlich der Wahl und der Rechtsstellung von Vertretern der Beschäftigten gilt § 110 NPersVG. Die Vertreter/Vertreterinnen der Beschäftigten haben Stimmrecht. Die Amtszeit der Vertreter/Vertreterinnen der Beschäftigten entspricht der Wahlperiode des Rates.

(2) Dem Betriebsausschuss gehören zu mindestens 2/3 vom Rat der Stadt benannte Ratsmitglieder, von denen eines den Vorsitz führt und zu maximal 1/3 Vertretern/Vertreterinnen der Beschäftigten an. Die Betriebsleitung nimmt an den Sitzungen des Betriebsausschusses ohne Stimmrecht teil.

2. Der Oberbürgermeister verkündet die Betriebssatzung spätestens am 25.11.2021.

3. Die Benennung der Vertreter/innen aus dem Rat und die Bestimmung der Vertreter:innen der Beschäftigten erfolgt in der nächsten Ratssitzung.“

An der folgenden Diskussion beteiligten sich **Erster Stadtrat Schönfelder** sowie die **Herren Dr. Schulte, Stoffers, Walpurgis, Tönjes** und **Frau Winkel-Fiedelak**.

Der **Änderungsantrag der Gruppe „Die BUNTEN“** wurde bei 7 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und 33 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Daraufhin wurde der ursprüngliche Antrag **inklusive** des Änderungsantrages aus dem Betriebsausschuss TBW zur Abstimmung gestellt.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 39 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. Die Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb „Technische Betriebe Wilhelmshaven (TBW)“ wird wie folgt geändert.

Änderung:

§ 4 Betriebsausschuss Abs. 2

(2) Der Betriebsausschuss besteht aus **9** vom Rat benannten Mitgliedern und **3** **4*** stimmberechtigten Vertretern/Vertreterinnen der Beschäftigten.

2. Der Oberbürgermeister verkündet die Betriebssatzung spätestens am 25.11.2021.

** geändert im Rat am 24.11.2021*

- 6.7 Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Technische Betriebe Wilhelmshaven" (TBW) **333/2021**
(Vormals **TOP 7.3.1**)

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 36 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat beschließt die anliegende Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Technische Betriebe Wilhelmshaven" (TBW)

- 6.8 Gemeinsamer Antrag Fraktions- und Gruppenantrag SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Ratsgruppe "GRÜNE und GfW", WIN@WBV-Fraktion, Ratsgruppe "Die BUNTEN", Ratsgruppe FDP/FW: Änderung Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb "Reinhard-Nieter-Krankenhaus - Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven -" **569/2021**

Herr Heinemann verlas den Antrag.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 38 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. Die Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb "Reinhard-Nieter-Krankenhaus - Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven-"

wird wie folgt geändert.

Änderung:

§ 4 Betriebsausschuss Abs. 2

(2) Der Betriebsausschuss besteht aus **9** vom Rat benannten Mitgliedern und **3** stimmberechtigten Vertretern/Vertreterinnen der Beschäftigten.

2. Der Oberbürgermeister verkündet die Betriebssatzung spätestens am 25.11.2021.“

6.9 Gruppe "GRÜNE und GfW" Änderung der Geschäftsordnung

570/2021

Herr Berner verlas den Antrag.

Herr Burkhart wies darauf hin, dass die Änderung entsprechend des Änderungsantrages aus dem Betriebsausschuss TBW analog gelte.

Beschluss: einstimmig zugestimmt, inkl. Änderung
(bei 39 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. Die Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven vom 24.11.2021 wird in Abschnitt III „Ausschüsse“ wie folgt geändert.

Änderungen:

§ 24 Ausschüsse

(4) Der Betriebsausschuss Krankenhaus besteht aus **9** Ratsfrauen und Ratsherren sowie aus 3 stimmberechtigten Vertreterinnen/Vertretern der Beschäftigten. Für die Mitglieder sind Stellvertreterinnen/Stellvertreter zu berufen.

(5) Der Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven besteht aus **9** Ratsfrauen und Ratsherren, sowie aus **3 4** stimmberechtigten Vertreterinnen/Vertretern der Beschäftigten. Für die Mitglieder sind Stellvertreterinnen/Stellvertreter zu berufen.

(6) Der Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude besteht aus **9** Ratsfrauen und Ratsherren, die gleichzeitig dem Ausschuss für Planen und Bauen angehören sollen, sowie der/dem nicht stimmberechtigten Betriebsleiterin/Betriebsleiter. Für die Mitglieder sind Stellvertreterinnen/Stellvertreter zu berufen.

6.10 Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Rates gem. § 69 NKomVG

324/2021

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 22.11.2021 vor.

Herr Bulla stellte den Antrag auf **Vertagung** in die Januar-Sitzung. Nach dem Einwand von **Oberbürgermeister Feist**, im Januar werde voraussichtlich keine Sitzung stattfinden, änderte **Frau Zaage** den Vertagungsantrag auf die Formulierung:

Diesem Vertagungsantrag wurde bei 3 Nein-Stimmen und 39 Ja-Stimmen **mehrheitlich zugestimmt.**

Der Rat gibt sich gem. § 69 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) die beigefügte Geschäftsordnung.

- Herr Heinemann** trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 22.11.2021 vor.

Der Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Rüstringen, Herr Malte Schröder, wird mit Ablauf des 30.11.2021 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zur Stadt Wilhelmshaven entlassen

- Herr Heinemann** trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 22.11.2021 vor.

Der Stellvertretende Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Rüstringen, Herr Alexander Gabriel, wird mit Ablauf des 30.11.2021 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zur Stadt Wilhelmshaven entlassen.

- Herr Heinemann** trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 22.11.2021 vor.

Herr Malte Schröder wird gem. § 20 Niedersächsisches Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.12.2021 bis zum 30.11.2027 zum Stellvertretenden Stadtbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Wilhelmshaven im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

- Herr Heinemann** trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 22.11.2021 vor.

Herr Alexander Gabriel wird gem. § 20 Niedersächsisches Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.12.2021 bis zum 30.11.2027 zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Rüstringen im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

6.15 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis - Sebastian Kisse **293/2021**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 22.11.2021 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Herr Sebastian Kisse wird gem. § 20 Niedersächsisches Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.12.2021 bis zum 30.11.2027 zum Stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Rüstringen im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat7.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Häfen
(Beigeordneter Heinemann)7.1.1 Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung) **313/2021**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Häfen vom 22.11.2021 vor und führte aus, dass die Erhöhung der Realsteuerhebesätze Voraussetzung der Stabilisierungsvereinbarung gewesen sei. Der Rat halte sein Wort, diese Erhebung nun schrittweise wieder zurückzunehmen.

Dem entgegnete **Herr Tönjes**, dass dieses Versprechen nicht in Stein gemeißelt sei und der Rat sich künftig damit wohl noch einmal beschäftigen müsse.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung) zum 01.01.2022.

7.1.2 Gründung und Beteiligung der Stadt Wilhelmshaven an der Tourismus Agentur Nordsee GmbH (TANO) **237/2021**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Häfen vom 22.11.2021 vor.

Frau Zaage stellte mit Hinweis auf ein von der OTG verschicktes Schreiben den Antrag auf **Vertagung auf den 15.12.2021** gemeinsam mit der Beratung einer Beschlussvorlage zum Austritt aus der OTG.

Oberbürgermeister Feist wies auf die zeitliche Notwendigkeit hin. Ein Zeitverzug bei der Gründung der TANO würde dafür sorgen, dass die touristischen Potenziale in der nächsten Saison nicht genutzt werden könnten. Der Austritt aus der OTG sei hingegen nicht dringend in dieser Sitzung zu besprechen.

Ratsvorsitzender Becker unterbrach daraufhin die Sitzung für eine **Pause von 17:20 Uhr bis 17:45 Uhr**, in der die Fraktionen und Gruppen sich beraten könnten.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung äußerten sich die **Herren Tönjes** und **Bulla** zur Sache, woraufhin **Frau Zaage** ihren Vertagungsantrag **zurückzog**.

Daraufhin stellte **Herr Tönjes** den Antrag auf **Vertagung**. Nach Wortbeiträgen von **Herrn Dr. Schulte** und **Herrn Moriß** wurde der Vertagungsantrag bei 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mit 35 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Als Erklärung auf eine Frage von **Herrn Burkhart** führten **Ratsvorsitzender Becker** und **Herr Ehlers** aus, dass der Austritt aus der OTG nicht Bestandteil der heutigen Beschlussfassung sei, sondern auf Antrag einer Ratsgruppe/-fraktion im Dezember beraten werden könne.

Herr Tönjes stellte den **Antrag**, die Beschlussvorlage um den Austritt aus der OTG zum 31.12.2022 zu ergänzen. Nach Ausführungen von **Oberbürgermeister Feist** und **Herrn Dr. Schulte** zog **Herr Tönjes** seinen Antrag wieder **zurück**.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 38 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die gemeinsame Gründung der Tourismus Agentur Nordsee GmbH (TANO) mit den anderen kreisfreien Städten und Landkreisen sowie der Seestadt Bremerhaven und die Beteiligung der Stadt Wilhelmshaven an der Tourismus Agentur Nordsee GmbH mit 6,9 % der Gesellschaftsanteile (entspricht einer Einlage i. H. v. 6.902 Euro) zum 01.01.2022.

Zur Finanzierung des Geschäftsanteils der Stadt Wilhelmshaven an der TANO werden investive Mittel in Höhe von 6.902 € vom Produkt 57.10.01 außerplanmäßig zur Verfügung gestellt. Der laufende Zuschuss der Stadt Wilhelmshaven ist im Rahmen eines Nachtrags zum Doppelhaushalt 2021/2022 aktuell in der folgenden Höhe einzuplanen:

2022: 45.450 €

2023: 57.200 €

2024: 57.200 €

2025: 61.700 €

Ein Teil der Mehraufwendungen soll durch die Auflösung des Tourismusverband Nordsee e.V. im Rahmen der Gründung der TANO (6.304 € p.a.) kompensiert werden.

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt den in Anlage 1 bezeichneten Gesellschaftsvertrag als rechtliche Grundlage für die Tourismus Agentur Nordsee GmbH.

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die in Anlage 2 und 3 beschriebenen Grundsätze zur Ausgestaltung der Tourismus Agentur Nordsee GmbH sowie das dort benannte weitere Vorgehen zur Umsetzung.

7.1.3 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **287/2021**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Häfen vom 22.11.2021 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Nordmetall-Stiftung Kapstadtring 10 22297 Hamburg	8.000,00 €	Geldspende zur Durchführung von Herbstfreizeiten des Jugendamtes der Stadt Wilhelmshaven

7.2 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsfrau Mandt)

7.2.1 Antrag Gruppe Die FRAKTION: Veräußerungen von Erbbaugrundstücken **559/2021**

zurückgezogen

7.3 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven (Ratsherr Moriße)

7.3.1 Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Technische Betriebe Wilhelmshaven" (TBW)

Der bisherige TOP 7.3.1 ist als **neuer TOP 6.7** vorgezogen worden.

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Feist informierte, dass der für den 16.01.2022 geplante **Neujahrskonvent** aufgrund der aktuellen Corona-Entwicklungen und der Prognosen für die nächsten Wochen nicht stattfinden werde. Außerdem wies er darauf hin, dass die Aktionen der mobilen Impfteams des Gesundheitsamtes sehr gut angenommen würden und nach ersten Erkenntnissen auch zahlreiche Erstimpfungen durchgeführt würden.

Weiter informierte **Oberbürgermeister Feist**, dass mit dem Auslaufen der pandemischen Lage die Voraussetzungen für die Anwendung der Verfahrens- und Erleichterungsvorschriften den §182 Abs. 2 bis 4 NKomVG entfielen. Konkret beträfe dies die **Möglichkeit der hybriden Sitzungsteilnahme**. Würden Abgeordnete per Videokonferenztechnik an einer Ratssitzung teilnehmen, wären sie weder rede-, noch stimmberechtigt. Das niedersächsische Kommunalrecht gehe nach seinen bisherigen Regelungen nämlich von der Präsenzsitzung als Regelform aus. Nur in pandemischen Ausnahmesituationen soll durch die hybriden Sitzungen die Handlungsfähigkeit der Kommune sichergestellt werden.

Abschließend berichtete **Oberbürgermeister Feist** über ein Gespräch, dass er mit der Kassenärztlichen Vereinigung über die **Situation der Kinderarztversorgung** in

Wilhelmshaven geführt habe. Da der aktuell freie Sitz Ende Mai verfallen würde, sei der Zeitdruck hoch. Die Verwaltung wolle dem Rat im Dezember eine Beschlussvorlage für eine Satzung zur Investitionsförderung für niederlassungswillige Ärzte vorlegen. Solche Satzungen gebe es nach Auskunft des Oberbürgermeisters in anderen Städten bereits. Aufgrund der Kürze der Zeit bat er um Unterstützung und Verständnis, dass die Vorberatungen nur noch im Finanz- und Verwaltungsausschuss möglich seien. Der Sozial- und Jugendhilfeausschuss könnten aufgrund der Ladungsfristen nicht mehr erreicht werden.

9 Anfragen

9.1 Anfrage Gruppe "Die BUNTEN": Banter See, Rodungsarbeiten

571/2021

Herr Marušić beantwortete die Anfrage der Gruppe „Die BUNTEN“ wie folgt:

„Frage 1

Wann wurde von GGS der Auftrag erteilt, dass das Gelände am Nordufer des Banter Sees wieder von Büschen, Sträuchern und Bewuchs freigemacht wird?

Der Auftrag wurde am 04.11.2021 erteilt.

Frage 2

Ist hierzu eine Ausschreibung erfolgt?

Es wurden Vergleichsangebote angefordert. Eine Ausschreibung musste aufgrund der Auftragshöhe nicht erfolgen.

Frage 3

Wurde der Betriebsausschuss GGS davon in Kenntnis gesetzt (nach den Vorkommnissen im Januar)?

Am 04.11.2021 wurde seitens GGS folgende Meldung mit der Bitte um Veröffentlichung an den Fachbereich 13 weitergeleitet:

„Mahdarbeiten auf städtischen Gewerbeflächen

Der Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGG) lässt nach Rücksprache mit der unteren Naturschutzbehörde nach Möglichkeit noch im November 2021 Mahdarbeiten von Flächen, welche gemäß rechtsverbindlicher Bebauungspläne als Gewerbeflächen ausgewiesen sind, durchführen. Dazu zählen unter anderem auch die Flächen am Banter See Park angrenzend zum Jadeinnovationszentrum.

Nur durch diese Mahdarbeiten werden die Flächen in einem Zustand gehalten, der der vorgesehenen Nutzung entspricht. Die Arbeiten werden unter Beachtung der artenschutzrechtlichen Bestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes (§ 44 BNatSchG) durch Fachfirmen ausgeführt.“

Die Ankündigung seitens der Stadt Wilhelmshaven erfolgte am 05.11.2021 in der Wilhelmshavener Zeitung.

Frage 4

Wurde die Untere Naturschutzbehörde vollumfänglich über die geplanten Maßnahmen informiert?

Ja, die UNB wurde am 29.10.2021 über das Vorhaben informiert. Am selben Tag erfolgte die schriftliche Zustimmung.

Frage 5

Gab es eine Stellungnahme seitens der UNB und Maßgaben, welche Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Tiere (Igel, Kleintiere usw.) durchgeführt werden müssen?

Die UNB wies daraufhin, dass die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes (§ 44 BNatSchG) zu beachten und die Arbeiten möglichst im November durchzuführen sind.

Die Firma, welche den Auftrag für die Arbeiten erhalten hat, hat diese, soweit nachprüfbar, sorgfältig und bedacht durchgeführt. Der zuständige Mitarbeiter hat die betroffene Fläche vorab zu Fuß begangen, um sensible Bereiche erkennen und bei der Durchführung der Mäharbeiten berücksichtigen zu können.

Frage 6

Wie viele Anfragen und Bauanträge gab es in den letzten 5 Jahren von Firmen, die sich in diesem Gebiet ansiedeln wollten?

Es gab folgende zwei Anfragen für die von der Ratsgruppe „DIE BUNTEN“ angefragten Fläche:

- Universität Oldenburg*
- Marine-Offizier-Vereinigung (MOV) e. V. Bonn (Verein von aktiven und ehemaligen Marineoffizieren, Sanitätsoffizieren, Reserveoffizieren, Offiziersanwärtern, Witwen und zivilen Freunden der deutschen Marinen)*

Frage 7

Wie hoch waren die Kosten für Mäh- und Rodungsarbeiten in den letzten 5 Jahren für das Gelände?

Aufgrund von Veränderungen in der Erfassung können lediglich die letzten 4 Jahre zusammengestellt werden. Die Kosten der letzten vier Jahre belaufen sich auf insgesamt 13.391,37 €.

9.2 Gruppe "Die BUNTEN": Anfrage nach § 56 NKomVG: Klinikum

572/2021

Oberbürgermeister Feist beantwortete die Anfrage der Gruppe „Die BUNTEN“ wie folgt:

„1. Wurden dem gekündigten Geschäftsführer Keil trotz Kündigung weiter monatliche Gehälter gezahlt?

Nein, es wurden keine Gehälter trotz Kündigung gezahlt.

2. Wenn ja, in der vollen Höhe oder gekürzt?

entfällt

3. Wie viele Rechtsgutachten und anwaltliche Vertretungen wurden durch den gekündigten Geschäftsführer Keil in Auftrag gegeben?

Da Themen einzeln abgerufen und nach Tages-/Stundensätzen bezahlt wurden, ist die Anzahl nicht ermittelbar.

4. In welcher Höhe beliefen sich diese Rechtsgutachten und anwaltliche Vertretungen?

2015: 347 T€

2016: 535 T€

2017: 297 T€

2018: 454 T€

2019: 417 T€

2020: 590 T€

5. Wurden diese Rechtsgutachten und anwaltlichen Vertretungen durch den Aufsichtsrat des Klinikums genehmigt oder wurde dieser darüber in Kenntnis gesetzt?

Grundsätzlich nur im Einzelfall

6. Wenn nein, wurden deswegen Regressansprüchen gegen den Geschäftsführer gestellt?

Nein

7. Wenn keine Regressansprüche gestellt wurden, weshalb wurde dies nicht getan?

Es fehlt die Rechtsgrundlage hierzu.“

10 Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

gez.

Feist
Oberbürgermeister

gez.

Muth
Protokollführerin